

Die Geburt der woken Falken

von Prof. Dr. Oliver Schlaudt

Als „Woke und wehrhaft“ präsentierte jüngst Carlo Massala, Politikwissenschaftler an der Universität der Bundeswehr, die deutschen Streitkräfte. Für ihn ist das ein Gebot der Vernunft, nicht bloß der Moral, erläutert er im Interview mit dem Magazin *Internationale Politik*: „Wenn ich Streitkräfte habe, die in ihren Grundstrukturen die Diversität ihrer Gesellschaft widerspiegeln, sexuell, ethnisch, religiös, dann wissen die, was sie verteidigen.“ Oder umgekehrt: auf Nazis in Uniform ist einfach kein Verlass mehr, da sie sich von unserer bunten Gesellschaft zu sehr entfremdet haben. Wer weiß, wie sie sich verhalten, wenn der homophobe Russe vor der Tür steht und eine Rückkehr zur guten alten Genderordnung verspricht! Massalas Slogan macht derweil Karriere. Das Deutsche Panzermuseum in Munster – ohnehin spezialisiert auf „Identitäten aus Panzerstahl“, wie sein Direktor verlautbaren ließ – vertreibt nun auch T-Shirts mit dem hippen Aufdruck.

Was hier ziemlich plump daherkommt, wird in den USA von der Armee und den Sicherheitsdiensten schon lange viel professioneller betrieben. In einem Nachwuchs-Werbevideo erklärt eine junge Angestellte der CIA, warum sie sich als intersektionale Persönlichkeit – „farbige Frau, Mutter, cisgender Millennial mit einer diagnostizierten generalisierten Angststörung“ – bei ihrem Arbeitgeber so wohl fühlt: „Ich stehe heute hier, eine stolze Latina der ersten Generation und Beamtin bei der CIA. Ich bin ganz und gar ich selbst, ohne mich zu verleugnen.“ Für die US Air Force erklärt eine Transfrau in Uniform, es sei eine „unglaubliche Chance“, als „ihr authentisches Selbst zu dienen“ und damit die Ziele der Armee voranzubringen. Welches diese Ziele sind, fragt sie natürlich nicht. Zugleich organisiert die US-Kommission über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa eine Konferenz, die die militärische Konfrontation mit Russland im Namen des Postkolonialismus zum „moralischen Gebot“ erhob: „Decolonizing Russia!“ Hier an der Front: Wissenschaftlerinnen, Journalisten und Publizisten, die uns weltgewandt und freundlich erklären, warum es wieder Zeit für einen großen Krieg ist.

Diese PR-Videos von Institutionen, die historisch für viel Unheil in der Welt verantwortlich sind, sind keine deep fakes. Im Herbst 2023 entstand in Gaza eine Ikone dieses als „Pinkwashing“ bezeichneten Phänomens: Ein israelischer Soldat posierte vor der Kulisse einer völlig zerbombten Stadt mit der Regenbogenfahne und der Aufschrift „In the name of love“. Die LGBTQ-Community stellt dies vor eine Zerreißprobe. Kritische Queeraktivisten lehnen es ab, sich von der rechtsradikalen israelischen Regierung instrumentalisieren zu lassen. Ebenso wenig können sie sich mit der islamistischen und homophoben Hamas solidarisieren. Für sie ist offenbar beiderseits der Grenze kein guter Platz.

Fragen an die Neue Linke

Ein traditionelles linkes Thema fällt plötzlich mit einem klassischen Kernbestand der politischen Rechten zusammen: Militär und Gewalt. Was ist hier passiert? Versuchen wir, die Lage mit etwas Abstand zu betrachten. Ein ähnliches Phänomen kennen wir ja schon aus den inneren Verhältnissen. Die New Yorker Philosophin Nancy Fraser kritisierte schon vor einer Reihe von Jahren, die Frauenbewegung habe sich politisch kapern lassen. Das Label Frauenrechte diene heute als progressiver Deckmantel für eine reaktionäre, neoliberale Politik. Sinnbild dafür ist Hillary Clinton. Ihre Ambitionen auf das Weiße Haus scheiterten freilich, da Trump mit einem nicht weniger verlogenen anti-elitären Diskurs konterte, der offenbar bei den deklassierten weißen Amerikanern verfiel.

Aber so einfach wie Fraser vorschlägt, ist die Sache nicht. Die us-amerikanische Queer-Feministin Jasbir K. Puar wies darauf hin, dass sich die LGBTQ-Bewegung vom US-Militär nicht einfach hat instrumentalisieren lassen, sondern sich ihm vielmehr regelrecht an den Hals warf. Massiv stritten sie für die Rechte von Transpersonen in der Armee, ohne je deren weltpolitische Rolle zu hinterfragen. Und es fand hier zusammen, was ausgezeichnet zusammen passte. Der Kult der sexuellen Toleranz eignet sich ja hervorragend dazu, den Überlegenheitsanspruch der amerikanischen Gesellschaft gegenüber der „rückständigen“ islamischen Welt im „Kampf gegen den Terror“ zu legitimieren. Der Politikwissenschaftler Christopher Mott spricht gar von einem „woken Imperium“.

Man muss also etwas tiefer graben, um die Wurzel der heutigen Situation zu finden. Gehen wir kurz zurück in die USA der späten 1960er, als sich die sozialen Bewegungen diversifizieren und die „Neue Linke“ Gestalt annimmt. Die Geschichte geht so: Die alte Linke, von weißen Industriearbeitern dominiert, betrachtete die Ausbeutung durch Lohnarbeit als den „Hauptwiderspruch“ der kapitalistischen Gesellschaft. Parallel kämpften Frauen für die Gleichberechtigung und Schwarze für ihre Bürgerrechte. Schwarze Frauen mussten allerdings feststellen, dass ihre Anliegen nirgends vertreten werden – natürlich nicht von den Gewerkschaften, aber auch nicht von der weiß dominierten Frauenrechtsbewegung noch der männlich dominierten schwarzen Bürgerrechtsbewegung. Die „Neue Linke“ lernte, dass Unterdrückung mehrere Dimensionen hat, die sich auf komplizierte Weisen überlagern können. Formen von Rassismus und Patriarchat sind tatsächlich älter als der Kapitalismus. Warum sollten sie ihn dann nicht überleben können? Dies sind die bekannten Ursprünge der Diversifizierung, die in Begriffen wie Intersektionalität und Identitätspolitik Ausdruck fand.

Der jamaikanisch-britische Soziologe Stuart Hall blickte schon in den 1990ern kritisch auf diese Zeit zurück. Die Neue Linke sei nach einem kurzen Frühling schon in den 1980ern von der machtvollen neoliberalen Konterrevolution komplett überwältigt worden. Als sie registrieren musste, dass sie in den sozialen Kämpfen nichts mehr zu gewinnen hatte, habe sie sich zunehmend als moralische Avantgarde verstanden. Moralische Überlegenheit trat an die Stelle eines Willens zur sozialen Veränderung. Das erklärt schon einiges. Zum Beispiel, dass die Gegenkräfte bald begriffen, wie verwundbar sich die Linke damit machte. Regelmäßig führen sie sie am Nasenring ihrer moralischen Haltung durch die politische Manege, frei nach dem Motto: „Ihr wollt moralische Debatten? Die könnt ihr haben!“ Man denke nur daran, wie leicht es jüngst der Labour-Rechten fiel, den linken Parteichef Jeremy Corbyn als „Antisemiten“ vorzuführen. Auch hierzulande finden sich viele Beispiele für eine solche Destabilisierung des linken Lagers.

„Anything but class“

Andere Autoren gehen allerdings weiter als Hall. Sie verorten den Ursprung der Probleme, die uns heute einholen, schon in der Stunde Null der Neuen Linken. Der amerikanische Literaturtheoretiker Walter Benn Michaels etwa macht darauf aufmerksam, dass sich mit der Diversifizierung des Begriffs der Unterdrückung implizit auch ein neues Modell von sozialer Gerechtigkeit etablierte: Anti-Diskriminierung statt materieller Teilhabe. Der soziale Stand wird nicht mehr als Position und Rolle im ökonomischen System verstanden, sondern bloß als ein Identitätsmerkmal unter anderen, nach welchem diskriminiert werden kann. Die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit verliert damit aber ihre Schärfe, denn Ausbeutung ist etwas grundsätzlich anderes als Klassendiskriminierung oder „Klassismus“. Das Problem ist ja die Armut, nicht ihre verbale Diskriminierung.

„Soziale Gerechtigkeit“ wurde so zu einer Formel, die mit Armut, Ungleichheit, Ausbeutung und Herrschaft durchaus kompatibel ist. „Jemandem ein jämmerliches Gehalt zu zahlen ist in Ordnung, wenn es nur nicht aufgrund von Rasse oder Geschlecht geschieht“, mokiert sich Benn Michaels. Er nennt dies „linken Neoliberalismus“: vordergründig gegen den Status quo

des Establishments gerichtet, aber in Wirklichkeit stärkt er seine politisch-ökonomischen Grundlagen. Zugespißt ist er eine Art kontrollierte Opposition, ein Ersatz für eine Linke, die dem Establishment tatsächlich die Macht streitig machen könnte.

Wie konnte dieses um die Systemebene beschnittene Gerechtigkeitsverständnis zur Wirkung kommen? Zwei Faktoren springen ins Auge. Zum einen ist dieses Verständnis von Ungerechtigkeit als Diskriminierung unmittelbar herrschaftsstabilisierend, wie oft beobachtet worden ist. So schreibt der amerikanische Sozialwissenschaftler Christian Parenti: „Um in einem demokratischen Rahmen regieren zu können, mussten die wirtschaftlichen Eliten lediglich die menschliche Neigung zu Konflikten als Waffe einsetzen und dabei nur eine Kardinalregel beachten: *anything but class*, alles außer Klasse.“ Im Kampf der fraktionierten Interessengruppen gerät die ursprüngliche Frage nach Herrschaft und ökonomischer Ungleichheit ins Hintertreffen – zur Freude der Herrschenden. Während man mit Diversity- und Diskriminierungsthemen zur Zeit in Kultur und Hochschule offene Türen einrennt, ist grundsätzliche politische Ökonomiekritik wenig gefragt. Die Neue Linke hatte ja im Prinzip recht mit der Einsicht, dass mit dem Kapitalismus nicht notwendig auch alle anderen Ungerechtigkeiten enden werden. In den heutigen Diversitätsdiskursen zeigt sich nun aber die unbedachte Kehrseite dieser Einsicht: Ein Kampf für Vielfalt und gegen Diskriminierung braucht den Kapitalismus nicht anzutasten. „Ein Ende des Rassismus“, gibt uns Parenti zu bedenken, „wird die Banken nicht zerschlagen.“

Haben wir es also mit einer bewussten Instrumentalisierung des Diversitätsdiskurses zu tun? Viel wirkmächtiger, vermutet Christopher Mott vom Institute for Peace and Diplomacy, ist seine Rezeption in der oberen, gut ausgebildeten Mittelklasse, der *professional managerial class* (PMC), die ehrlich und aufrichtig an das neue Gerechtigkeitsparadigma glaubt. Geprägt wurde diese Kategorie in den 1970ern von den Soziologen Barbara und John Ehrenreich. PMC beschreibt eine Klasse akademisch gebildeter Fachkräfte – Manager, Ingenieure, Lehrer, Ärzte, Psychologen usw. – die ähnlich wie das Kleinbürgertum eine Art Zwischenklasse zwischen Arbeit und Kapital bilden, anders als selbständige Handwerker oder Ladenbesitzer aber Angestellte sind. Ihre Zahl nimmt über das 20. Jahrhundert stetig zu und verschiebt allmählich das Gesellschaftsgefüge, während gleichzeitig die New Left aufkommt.

Objektiv und subjektiv ist die Situation dieser Klasse ambivalent. Als abhängig Beschäftigte neigten ihre Vertreter in ihrer inzwischen einhundertjährigen Geschichte oft durchaus nach links, vertraten die Werte von Gleichheit, Solidarität, Gerechtigkeit und Frieden. Die 68er Revolte war zumindest in ihren Anfängen an amerikanischen Eliteunis ein reines PMC-Produkt. Zugleich besteht die Aufgabe dieser Berufsgruppen aber darin, die Arbeiterklasse im Foucaultschen Sinne zu „disziplinieren“, sei es in der Fabrik oder in ihren privaten Lebensgewohnheiten. Dementsprechend setzt sich die PMC mit einem elitären Selbstverständnis von der Arbeiterklasse ab und verteidigt scharf ihre kulturelle Hegemonie.

Heute scheint diese Ambivalenz auf die Spitze getrieben, wie kürzlich die kalifornische Medienwissenschaftlerin Catherine Liu in einem Update der Ehrenreich-Analyse zeigte. Während die PMC objektiv den Interessen des reichsten 1% zuarbeitet, will sie sich selbst noch immer als den Helden und das gute Gewissen der Weltgeschichte sehen. So wirke sie in einem erbitterten Klassenkampf nach unten mit, sei aber zugleich unfähig, sich selbst als Klasse zu begreifen. Wokeness und Diversität, das ihnen eingeschriebene Modell von Gerechtigkeit sowie der damit einhergehende Ersatz von Politik durch Moral - korrektes Sprechen, korrektes Konsumieren usw. - kommen ihr wie gerufen und liefern ihr alles, was sie braucht: Sie kann sich noch immer als progressiv verstehen, muss aber nicht über die eigenen materiellen Privilegien sprechen. Sie kann sich nach unten abgrenzen, ohne die politische Bedeutung davon wahrzunehmen. Die moralische Ablehnung der „rückständigen“ kulturellen Normen und geschlechterstereotypen der Arbeiterklasse erlaubt es, wie Christopher Mott zusammenfasst, das objektive Interesse an der eigenen Vormachtstellung

mit der subjektiven Haltung einer selbstgerechten moralischen Selbstgewissheit zu vereinbaren.

Die PMC greift zu den Waffen

„Das Gute“ von oben zu tun: Dieser zunächst im Innern der westlichen Gesellschaften gewachsene Polit-Habitus der PMC ist es, der nicht wenige „social justice warriors“ des intersektionalen Antidiskriminierungsdiskurses in jüngster Zeit zu außenpolitischen Falken machte. Auf unserer Seite des Atlantiks zeigt sich das spektakulär in der Entwicklung von Kräften wie den Grünen, Deutschlands exemplarischer PMC-Partei. Vor diesem Hintergrund wird plausibel, wie sich Teile der queeren Bewegung dem US-Militär geradezu an den Hals werfen können. Und dabei handelt es sich nicht bloß um das Kapern eines progressiven Diskurses, wie Fraser mutmaßte. Der Diskurs war vielmehr von Anfang an fehlgeleitet. Er war von Anfang an nur das falsche Bewusstsein einer ideologisch an der herrschenden Klasse orientierten Schicht, die ökonomisch aber trotz allem zur Arbeiterklasse gehört und sich deshalb kulturell und moralisch von ihr abzusetzen sucht.

Die Konsequenzen dieser Konstellation sind allerdings bedrohlich. Die Ehrenreichen warnten schon 1977 vor einer Rechtswende der Arbeiterklasse aus Trotz gegenüber der überheblichen PMC. Und tatsächlich hat nun Donald Trump zum zweiten Mal das Weiße Haus gewonnen. Wurde sein erster Wahlsieg 2016 noch dem Frust der abgehängten weißen Arbeiterklasse zugeschrieben, so verzeichnet Trump heute, wie der Politologe Yascha Mounk betont, vor allem bei weiblichen und migrantischen Wählergruppen Zugewinne. Sogar sie sehen inzwischen ihre Bedürfnisse in dem selbstgerechten Moraldiskurs der „Progressiven“ immer weniger repräsentiert. Auch in Europa und Deutschland greifen neue, radikale Rechte nach der Macht. Offenbar sind sie die einzigen, die noch eine Antenne für den Frust weiter Teile der Bevölkerung haben – und ihn schamlos ausnutzen. Neuerdings gilt dies auch für die Außenpolitik, womit die paradoxe Situation eintritt, dass die Grünen als die neuen Falken nach immer mehr Waffen rufen, während die AfD als Friedenspartei zu punkten versucht.

Alein diese Verschiebung zeigt, dass der Rechtsruck nicht die Naturgewalt ist, als die er vom linksliberalen PMC-Milieu oft beklagt wird. Die Raumgewinne der Rechten spiegeln eine Selbstauflösung der Linken wider, wie wir sie in Deutschland am Schicksal der gleichnamigen Partei als deprimierende Seifenoper dargeboten bekommen. „Teile der Linken“, so die indische Politikwissenschaftlerin Radhika Desai, agieren heute „als selbstberufene Bürgerwehr des Establishments, indem sie vor allem diejenigen angreifen, die diesen neoliberalen Konsens in Frage stellen, sei es, dass sie alle, die die Rechte der Palästinenser verteidigen, als antisemitisch bezeichnen, oder Kritiker von Kriegen zur ‚Demokratieförderung‘ als Lakaien von Diktatoren (z.B. ‚Putinverstehler‘) diffamieren“. Das vorläufige Ergebnis all dessen ist bitter: Wir haben nach Desai heute nurmehr die Wahl zwischen einem „ostentativ ‚woken‘ neoliberalen Establishment und einer rasenden extremen Rechten“ – einer Rechten, die sich, solange die Linke in der Wokeness befangen bleibt, fatalerweise als die einzig echte Alternative präsentieren kann.

Die Linke müsste sich darauf besinnen, dass die neuen und weniger neuen Rechten nur zu schlagen sind, wenn man ihnen die Jagdgründe im unteren Gesellschaftsdrittel ernsthaft streitig macht. Dass nur ein stabiles Bündnis zwischen Mitte und Unten die Kraft hätte, all jene Transformationen anzugehen, die allein der Klimawandel fordert, ist aber heute so sehr eine Binsenweisheit wie eine ferne Utopie.